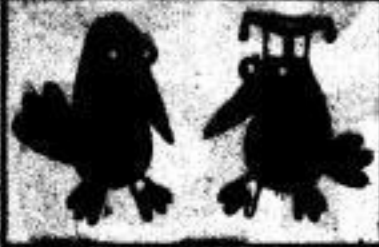


Eine Frage, Herr Professor



Wie verhält sich das mit dem Universitätspreis?

Die Technische Universität Dresden ist eine der bedeutendsten Bildungs- und Forschungsanstalten der DDR. Alljährlich wird eine große Zahl von hervorragenden Absolventen und Forschungsergebnissen der sozialistischen Volkswirtschaft aus Verleihung gewährt. Es ist nur zu natürlich, wenn die besten Leistungen durch einen Preis der Technischen Universität Dresden gewürdigt werden. Daher haben Rektor und Senat im Einvernehmen mit den gesellschaftlichen Organisationen beschlossen, den Preis der Technischen Universität Dresden alljährlich zu vergeben.

Gewürdigt werden sollen hervorragende Leistungen bei der Entwicklung der TU und des sozialistischen Hochschulwesens sowie hervorragende wissenschaftliche Tätigkeit bei der Erziehung, Aus- und Weiterbildung, in der Forschung, bei der Entwicklung des Volkswirtschaftlichen und des Sportes sowie im Studium und im Forschungsstudium.

Bei der Verleihung des Universitätspreises wird das Wirken der Auszeichnungsträger in ihrer Gesamtpersönlichkeit - besonders bei der Durchsetzung der Einheit von Erziehung, Ausbildung, Forschung und Weiterbildung - berücksichtigt.

Die Verleihung des Preises erfolgt jährlich, in der Regel während der Immatrikulationsfeier. In diesem Jahr wird die Preisverleihung am 23. Jahrestag der DDR zum Anlaß genommen. Der Preis kann an Einzelpersonen oder Kollektive verliehen werden. Er besteht aus einer Medaille, einer Urkunde und einer materiellen Anerkennung.

Vorschlagsberechtigt sind: der Rektor, die Dekane, die Leiter der Stabsabteilungen und die Leiter der gesellschaftlichen Organisationen.

Die für dieses Jahr eingereichten Vorschläge werden gegenwärtig bearbeitet. Die Zahl der Auszeichnungen wird in Abhängigkeit davon, daß wir den 23. Jahrestag der DDR begehen und der Preis zum ersten Male verliehen wird, größer sein, als in den kommenden Jahren. Durch die Einführung des Universitätspreises erfüllt in Zukunft die „Lohrmann-Medaille“.

Die verantwortlichen Genossen Professor Gerhard Müsch, Prorektor für Wissenschaftsentwicklung

Aus anderen Universitäten

Wissenschaftliche Konferenz

KÖLNEN
Aus der Orientierung des XXIV. Parteitages der KPdSU und des VIII. Parteitages der SED geht hervor, daß der Fortschritt von Wissenschaft und Technik immer mehr zum Hauptbeleg wird, um die materiell-technische Basis des Kommunismus zu schaffen; daß die Errungenschaften der wissenschaftlich-technischen Revolution organisch mit dem Fortschritt der sozialistischen Gesellschaft und ihren objektiven Gesetzmäßigkeiten zu verbinden sind.

Diesem Problemkreis dient eine wissenschaftliche Konferenz der Abteilung Marxismus-Leninismus der Ingenieurhochschule Kölnen, die am 15. und 16. Oktober 1974 in Zusammenarbeit mit dem Moskauer Institut für chemisches Maschinenbau (MIM) durchgeführt wird. Beide Partner wollen damit einen Beitrag zum 25. Jahrestag der Gründung der DDR leisten.

Das Thema der Konferenz lautet: „Die wissenschaftlich-technische Revolution im Sozialismus“ (zu einigen theoretischen und praktischen Fragen).

Auf dieser Konferenz wird durch zwei Hauptthemen der theoretische Grundriss gegeben:

1. Wissenschaftlich-technische Revolution und sozialer Fortschritt
2. Kritik bürokratischer Theorien zu aktuellen Problemen der gegenwärtigen wissenschaftlich-technischen Revolution

- Den sozialistischen Wettbewerb öffentlich und überwachbar führen
- Jedem die Bedeutung seines Beitrages deutlich machen
- Die persönliche Verpflichtung, Entscheidend für die Erfüllung der gemeinsamen Aufgaben

Wie die Genossen der Parteigruppe 1 den Wettbewerb politisch führen

Von Genossen Wolf-Henning Hertwig, Parteigruppenorganisator, Sektion Berufspädagogik

In seinem Schlußwort auf der 12. Tagung des ZK charakterisierte Genosse Erich Honecker die Aufgaben der Parteiorganisationen mit den Worten: „Im Grunde geht es darum, wie die Parteiorganisationen den Prozeß des weiteren Aufbaus der entwickelten sozialistischen Gesellschaft politisch führen; wie sie vor allem die Verwirklichung der großen und komplizierten Aufgaben auf ökonomischem Gebiet - insbesondere die Erfüllung und gezielte Übererfüllung der Pläne, die Erreichung höherer Effektivität und Qualität, ideologisch leiten.“ Diesen Maßstab gilt es an die Arbeit aller Parteigruppen anzulegen, bis zu den kleinsten Einheiten der Partei, den Parteigruppen. Um ihm gerecht zu werden, bedarf es ständiger Beratungen und Auseinandersetzungen darüber, worin die spezifischen Aufgaben bei der politischen Führung unserer Arbeitskollektive bestehen, wie die aktive und schöpferische Beteiligung aller Mitarbeiter am sozialistischen Wettbewerb ideologisch zu leiten ist.

Wir Genossen der Parteigruppe 1 in der APO 5 der DD Berufspädagogik wollen einige unserer dabei gewonnenen Erfahrungen und Positionen darlegen, um damit die weitere Diskussion dieses Problemkreises innerhalb unserer Kreisorganisation anzuregen.

Probleme sachkundig beraten

Eine wesentliche Voraussetzung für die Qualität und Effektivität der Parteigruppenarbeit ist die fortwährende sorgfältige Abstimmung mit den übergeordneten Leitungen darüber, welche erkannten Aufgaben wo gelöst werden müssen.



Noch liegt alles vor ihnen. Genossinnen und Genossen Studenten des Studienjahrganges 1974 bereiten das erste Mal einen Hörsaal. Foto: Ebbok

Dabei darf es keinen Formalismus geben, vielmehr muß immer wieder speziell entschieden werden, wo das jeweilige Problem am sachkundigsten beraten und entschieden werden kann. Eine große Verantwortung tragen dabei die der Gruppe angehörenden Mitglieder übergeordneter Leitungen. Aus ihrer Übersicht über einen größeren Bereich heraus haben sie die Möglichkeit, die Diskussion spezieller Probleme der Gruppe wesentlich zu bereichern und die Aufmerksamkeit der Genossen auf die im größeren Rahmen stehenden Aufgaben zu lenken. Andererseits kann ihre Kenntnis der konkreten Situation in der Parteigruppe nützlich in die Arbeit der Leitung einfließen. Wir haben zum Beispiel gute Erfahrungen mit der gezielten Vorbereitung der APO-Versammlungen in den Parteigruppen gemacht. In den Versammlungen konnten so Vertreter der Gruppe zu ausgewählten Problemen durchdachte, kollektiv erarbeitete Beiträge liefern und konstruktive Beschäftigungswürfe einbringen.

Mit den richtigen Argumenten ausrüsten

Eine Hauptaufgabe der Parteigruppenarbeit ist es, alle Genossen mündig mit den richtigen Argumenten für das politische Gespräch am Arbeitsplatz auszurüsten. Das kann nicht nur darin bestehen, daß sich die Genossen einmal im Monat treffen und ihre Erfahrungen austauschen. Wir halten es so, daß wir uns fast täglich kurz in kleineren Gruppen zusammensuchen, die neuesten Ereignisse und die dazu aufgetretenen Meinungen im Arbeitskollektiv diskutieren und gemeinsam die besten Argumente erarbeiten. Der Parteigruppenorganisator hat die Aufgabe, dafür zu sorgen, daß dabei alle Genossen der Gruppe erfaßt werden, ohne daß jedesmal gleich eine Versammlung einberufen wird. Im beweglichen und operativen Arbeiten liegt unserer Meinung nach eine wesentliche Stärke der Parteigruppe.

Vor allem eine ideologische Frage

Bei der Führung des sozialistischen Wettbewerbs konzentrieren wir uns besonders darauf, jedem Mitglied unseres Arbeitskollektivs die Bedeutung und den Erfolg seines persönlichen Beitrages zur Erfüllung der Planaufgaben deutlich zu machen. Dabei kommt es vor allem darauf an, die Öffentlichkeit und Abrechnbarkeit des Wettbewerbs von Arbeitsplatz zu Arbeitsplatz zu verbessern. Wir halten das für eine zentral ideologische Frage, auch wenn sie arbeitswissenschaftliche und organisatorische Aspekte enthält. Einen Fortschritt haben wir mit der von uns ausgelösten Bewegung der Arbeit nach persönlichen Verpflichtungen erreicht, jedoch sind wir noch nicht am Ziel unserer Bemühungen.

Versammlung effektiv nutzen

Eine große Bedeutung für die Qualität der Parteigruppenarbeit hat die effektive Nutzung der monatlichen Versammlung. Im Mittelpunkt unserer Versammlungen steht die detaillierte, konkrete Einschätzung der politisch-ideologischen Situation im Arbeitskollektiv und die Erarbeitung eines einheitlichen Parteistandpunktes zu allen Fragen, die für die weitere Entwicklung des Arbeitskollektivs bedeutsam sind und die an den Arbeitsplätzen diskutiert werden. So haben wir es uns zur Gewohnheit gemacht, im Ergebnis jeder Diskussion einen explizit formulierten, verbindlichen Standpunkt zu beschließen, den alle Genossen im Arbeitskollektiv vertreten. Unser Ziel ist es, daß jeder Genosse die Versammlung mit klaren Vorstellungen über seine nächsten konkreten Aufgaben verläßt, solche Aufgaben, an deren Festlegung er selbst aktiv mitgearbeitet hat. Um das noch besser zu realisieren, ist es vor allem notwendig, eine echte parteimäßige Atmosphäre in den Versammlungen zu schaffen. Hier gibt es bei uns noch beträchtliche Reserven. Noch wird hin und wieder eine Kritik mit vielen Entschuldigungen vorgebracht oder gar zurückgehalten, noch suchen wir nicht immer sorgfältig nach dem rationalen Kern einer Kritik, die nicht in allen Teilen berechtigt ist, sondern weisen sie zurück. Wir haben uns das Ziel gestellt, solche Verhaltensweisen schnell zu überwinden.

Hört mit dem Austausch der Botschafter zwischen DDR und BRD der Klassenkampf auf?

So fragten Studenten, nachdem die ständigen Vertretungen der DDR und BRD am 2. Mal in Bonn bzw. in Berlin ihre Arbeit aufgenommen. Dieser Amtsantritt war mehr eine diplomatische Formalie, als er doch als ein weiterer Beitrag zur Verwirklichung des Vertrages über die Grundlagen der Beziehungen zwischen der DDR und der BRD, der am 2. Juni 1973 in Kraft trat, zu werten. Der Außerordentliche und Bevollmächtigte Botschafter der DDR, Minister Dr. Kohl, gab anläßlich der Übergabe seines Beglaubigungsschreibens am 20. Juni 1974 dem Wunsch Ausdruck, dazu beizutragen, normale gutnachbarliche Beziehungen zwischen der DDR und der BRD zu entwickeln und das Ziel der DDR verwirklichen zu helfen, ein friedliches Nebeneinanderbestehen und sachliche Zusammenarbeit zu gewährleisten.

Das Zustandekommen des Botschafteraustausches war ein großer Erfolg des Kampfes der sozialistischen Staatengemeinschaft mit der Sowjetunion an der Spitze für die friedliche Koexistenz zwischen beiden deutschen Staaten.

Es gibt erste Ergebnisse in den sogenannten Nachfolgeverhandlungen, Vereinbarungen über Teilfragen im gegenseitigen Interesse, zum Beispiel Gesundheitsabkommen, Reise- und Zahlungsverkehr, Sportbeziehungen, Grenzfestlegungen. Das es bei der Kompromittiertheit der Dinge und der unterschiedlichen Interessen gelegentliche Schwierigkeiten gibt, wird von Seiten der DDR nicht überbewertet, sondern die Grundtendenz der Normalisierung und Entspannung kontinuierlich gefördert. Allerdings ge-

hen unsere Partei- und Staatsführung von der Forderung aus, daß seitens der BRD alle Versuche unternommen werden, den Grundlagenvertrag zwischen der DDR und BRD zu untergraben. Obwohl der Leiter der Ständigen Vertretung der BRD bei Amtsantritt versichert, daß er sich nach Kräften um eine vertrauensvolle Zusammenarbeit bemühen werde, belastet die Regierung der BRD die Beziehungen zwischen der DDR und BRD zum Beispiel in jüngster Zeit durch die Errichtung des Umweltbundesamtes in Westberlin.

Hinzu kommt die Tatsache, daß in der BRD reaktionäre Kräfte am Werke sind, die ihre Anstrengungen verstärken, um die Politik des kalten Krieges und des Revanchismus wieder aufleben zu lassen. Ihre Hauptangriffe richten sie gegen die Abkommen und Vereinbarungen zwischen den sozialistischen und kapitalistischen Staaten, die eine gute Grundlage für die Verbesserung des politischen Klimas in Europa geschaffen haben. Darunter nimmt das Vierteilige Abkommen über Westberlin einen wichtigen Platz ein. In dem Abkommen wird unzulänglich gesagt, daß Westberlin kein Bestandteil der BRD ist und von ihr auch in Zukunft nicht regiert wird.

Warum wird also diese Bundesbehörde, die sich mit dem Umweltschutz der BRD befassen soll, gerade in Westberlin angeordnet? Hunderte Kilometer von den wichtigen Industriezentren der BRD entfernt? Es liegt auf der Hand, es handelt sich um eine politische Demonstration, um einen Versuch, das Vierteilige Abkommen zu untergraben,

die sozialistische Staatengemeinschaft herauszufordern und zu probieren, wie weit man gehen kann.

Die Stellungnahme der DDR, der SU und anderer sozialistischer Länder ist eindeutig, der Vertrag muß konsequent eingehalten werden, auch wenn die Partnerstaaten des Vierteiligen Abkommens den rechtswidrigen Schritt der BRD gerechtfertigt haben. Genosse Juremow, Botschafter der UdSSR in der DDR, erinnert in seinem Interview für MD vom 10. 8. 74 einige Politiker in Westberlin und in der BRD daran, daß dieses Abkommen ein vierteiliges ist und einen Interessenausgleich der vier Mächte darstellt. Alle Versuche, diesen Ausgleich zu Lasten der Interessen der Sowjetunion und der DDR zu ändern, würden sie entschieden zurückweisen.

Es ist also ersichtlich, die Tatsache der Existenz von Botschaftern in der DDR und BRD genügt nicht, um den Fortschritt für die friedliche Entwicklung der Beziehungen zwischen der DDR und der BRD zu gewährleisten. Sie sind Vertreter entgegen gesetzter gesellschaftlicher Systeme, zwischen denen die härte Auseinandersetzung im Interesse des Staates der Arbeiter und Bauern in der DDR einerseits und den Interessen des Staates der Monopolbourgeoisie in der BRD andererseits gesetzmäßig ist.

Der Klassenkampf hört nicht auf, sondern ändert seine Formen. Die Politik der friedlichen Koexistenz ist Ausdruck des veränderten Kraftverhältnisses zugunsten des Sozialismus, dem sich der Imperialismus anpassen muß. Da die imperialistischen Kräfte nichts unversucht lassen, ihre alten Klappnetze zu erreichen, verändert sich unter den neuen Bedingungen ihre Methoden. Eine dieser Methoden besteht in der Gegenwart darin, die völkerrechtlichen Verträge auszuhebeln. Das diese Verträge als Grundlage gutnachbarlicher Beziehungen zwischen der DDR und der BRD eingehalten werden, ist unter anderem die Mission unseres Botschafters.

... und nun unser Kommentar „Mittengesellschaft“
Aus: „Hafnoversche Presse“

Kurze Nachricht

Gäste

Im Juli 1974 wurden vom Sekretariat der SED-Kreisleitung der TU empfangen:

UdSSR
Delegation des Gebietskomitees Leningrad der KPdSU unter Leitung von Genossen Pawel Petrowitsch Moschajew, Abteilungsleiter für Parteiarbeit im Gebietskomitee Leningrad der KPdSU;

Weitere Mitglieder: Genosse W. W. Nikiforow, 1. Sekretär des Wyborger Rayonkomitees der KPdSU der Stadt Leningrad, Genosse W. K. Lebedjew, Sekretär des Gebietskomitees Leningrad der KPdSU, Genosse R. G. Jekow, Leiter der Abteilung Landwirtschaft der „Leningradskaja Prawda“

Im August 1974 wurden vom Rektor bzw. von einem stellvertretenden Vize rector:

UdSSR
Genosse Swiritschow vom Stadtparteikomitee Moskau, Sektion für Wissenschaft und Hochschulwesen, Genossin Scholtikowa vom sowjetischen Gesundheitsministerium.

Berufungen

Der Minister für Hoch- und Fachschulwesen berief mit Wirkung vom 1. 9. 1974 zum Hochschuldozenten:

- Dr.-Ing. Fritz Franke, (Sozialistische Betriebswirtschaft - Bauindustrie)
- Dr.-Ing. Klaus Kurth (Gasversorgungs-technik)
- Dr.-Ing. Peter Oßmann (Textiltechnik), bisher Honorärdozent.

Umberufen wurde mit Wirkung vom 1. September 1974 an die Medizinische Akademie Erfurt als Hochschuldozent für Politische Ökonomie Hochschuldozent Dr. rer. oec. Hermann Müller, bisher Sektion Marxismus-Leninismus der TU Dresden.

Emeritierungen

Der Minister für Hoch- und Fachschulwesen sprach mit Wirkung vom 1. Oktober 1974 für:

- Professor Dr.-Ing. Horst Paschel und Professor Dr. rer. oec. habil. Artur Vogel

in Anerkennung ihrer Verdienste um die Ausbildung, Erziehung, Forschung und Weiterbildung die Emeritierung aus.

Die Macht der Solidarität...

Fortsetzung von Seite 1

Noch ist dem chilenischen Volk und der ganzen Welt nicht das verheerende Ausmaß der faschistischen Verbrechen bekannt. In meiner Heimat werden täglich Massenmorde vollzogen. Die Faschisten wollen alle Anhänger der Volkseinheit, alle Demokraten, alle diejenigen vernichten, die niemals ihre Menschenwürde, ihr Klassenbewußtsein, ihre Liebe zur Freiheit, ihren Glauben an den Sieg des Volkes über seine Feinde aufgeben haben.

In Chile steht eine bis an die Zähne bewaffnete Armee einem unbewaffneten Volk gegenüber, dessen einzige Verteidigungsmittel seine Einheit, die die Faschisten nicht haben brechen können, und sein Patriotismus sind, der nicht ausgehöhelt werden kann, weil er eine lange Tradition hat und tief im Bewußtsein jedes einzelnen Chilenen verwurzelt ist.

Die Welt hat verstanden, welche Werte in Chile auf dem Spiel stehen, und ein Strom der Solidarität mit unserem Volk fließt von allen Kontinenten und erfüllt die menschliche Junta zu ertränken. Die Macht der Solidarität ist stärker als Panzer und Kanonen. So ist notwendig, diesen Strom der Solidarität in einen gewaltigen Ozean zu verwandeln, der dem chilenischen Volk hilft, die Faschisten hinwegzuschwemmen.

Die Sache Chiles ist nicht mehr nur die Sache der Chilenen. Sie ist die Sache aller Arbeitssuchenden der Welt. Die ganze Menschheit muß einmal mehr erfahren, daß der Faschismus nicht ist, daß er lebt, daß er jetzt sein beständiges Haupt in Chile erhoben hat und daß seine Drahtzieher der amerikanischen Imperialismus und die großen kapitalistischen Monopole sind, die gegenwärtig eine neue dramatische Phase der allgemeinen Krise erleben.

Die Welt muß die Vorgänge in Chile in allen Einzelheiten erfahren und darf nicht ausschließen in ihrer Solidarität, die für uns so notwendig ist, die auch nach Afrika ist. Den Faschismus beseitigen wir nur mit dem unbegrenzten Willen der Massen, mit der Macht der Menschlichkeit und dem Bewußtsein des Volkes.

Die Gefährnisse und Konzentrationslager in Chile müssen verschwinden, der innere Widerstand muß verstärkt werden. Chile überlebt nur durch die Anstrengungen der ganzen Welt ein Banner. Es soll ein Banner des Sieges sein, das von Millionen Menschen getragen wird.